



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/210 - 11.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Spekulation auf den Gruppen-Egoismus	S. 1
Viktor Larook: Schwachpunkte in der NATO	S. 3
Auswärtiger Ausschuß wieder übergangen	S. 5

Ausnahmegesetz gegen den öffentlichen Dienst

F.B. Es hat nach der ersten Lesung des "Gesetzes über die Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben" nicht den Anschein, als wenn der Kampf um dieses Gesetz sich hauptsächlich auf der Bundestageebene abspielen wird. Hier sind die Standpunkte so verhärtet, daß von der jetzt beginnenden Ausschubarbeit nur geringfügige Modifizierungen zu erwarten sind. Entscheidender wird sein, ob sich die Auffassung des Bundesrates durchsetzt, der im Gegensatz zur Bundesregierung die Meinung vertritt, daß das Gesetz zustimmungspflichtig ist. Behält der Bundesrat recht, dann steht zu hoffen, daß wenigstens die größten Verschlechterungen gegenüber dem jetzt geltenden Recht beseitigt werden. Schließlich werden auf den Gang der Beratungen auch die Betroffenen, nämlich die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, einen starken Einfluß ausüben können, wenn sie mit Entschlossenheit zur Kenntnis bringen, daß sie nicht gewillt sind, unter Ausnahmerecht gestellt zu werden.

Man muß sich fragen, welchen Sinn die Vorlage überhaupt haben soll, denn die nach dem Gesetz zu bildenden Personalvertretungen in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen haben keinerlei Rechte. Sie dürfen zwar eine Vertretung bilden, aber die Vertretung darf höchstens "mitberaten", sie soll "angehört" werden und sie darf in einigen geringfügigen Fällen auch "mitwirken". Mitbestimmen hingegen darf sie nicht. In einem einzigen Paragraphen, dem Paragraphen 67, wird vom Mitbestimmungsrecht geredet,

und dabei handelt es sich um die Errichtung und Verwaltung von Kantinen ...

Auf der anderen Seite enthält die Gesetzesvorlage ein ausgeklügeltes System, das die Arbeiter, Angestellten und Beamten in öffentlichen Betrieben trennen und gegeneinander ausspielen soll. So sieht es zum Beispiel die Gruppenwahl vor, es bestimmt, daß in den Personalvertretungen Beamte nur in Beamtenfragen und Arbeiter nur in den die Arbeiter betreffenden Problemen Stimmrecht haben sollen, und es ist auch in den Bestimmungen über die sogenannte mehrstufige Personalvertretung bei nachgeordneten Behörden durchaus geeignet, eine Personalvertretung gegen die andere auszuspielen.

Der Bundesrat hat in seiner bereits vorliegenden Stellungnahme eine Reihe von Änderungsvorschlägen eingebracht, die geeignet sind, das Gesetz erträglicher zu machen. Unter anderem verlangt er die gemeinsame Wahl und die gemeinsame Abstimmung aller Angelegenheiten in den Personalvertretungen, da ein solches Vorgehen nur der besseren Zusammenarbeit dienen kann.

Die Vertreter der Regierungsparteien haben in der ersten Lesung des Gesetzes deutlich zu erkennen gegeben, daß sie gerade auf die Paragraphen größten Wert legen, die die Aufspaltung von Beamten, Angestellten und Arbeitern beinhalten. Sie stehen damit im Gegensatz zu der Auffassung der übergroßen Mehrheit der öffentlich Bediensteten; es sei hier nur an das Abstimmungsergebnis im Bundeswirtschaftsministerium erinnert, wo sich ganze 17 Stimmen für die Gruppenwahl und über 1000 für die gemeinsame Wahl aussprachen.

Aber selbst wenn erreicht werden sollte, daß diese rückschrittlichen Bestimmungen in Fortfall kommen, dann wird sich die Sozialdemokratie dennoch nicht für eine Bejahung des Gesetzes entschließen können, weil es den öffentlich Bediensteten eine echte Mitbestimmung in allen den Angelegenheiten verweigert, die nicht einer politisch-parlamentarischen Zuständigkeit unterliegen und damit ein Ausnahmegesetz gegen den öffentlichen Dienst geschaffen wird.

+ + +

"Die Völker müssen wissen, warum sie rüsten sollen"

Von Victor Larock, Chefredakteur des "Peuple", Brüssel

Folgende Gedanken, die uns höchst bemerkenswert erscheinen, sind der Auszug aus einem in dem Informationsorgan der Sozialistischen Internationale erschienenen Artikel. Sein Verfasser, Victor Larock, gehört zu den Führern der belgischen Sozialisten.

Über ein Jahr lang hatten die westlichen Führer Warnungen erhalten, die sie so gut verstanden zu haben schienen, daß sie sich ihrerseits zu eigen machten und bei jeder Gelegenheit verkündeten - in Ottawa, Rom und Lissabon - "daß die Kosten der Wiederaufrüstung gleichmäßig verteilt werden müßten", "daß die Verteidigung Europas nicht lediglich eine militärische Angelegenheit sei", "daß sie einen Komplex wirtschaftlicher, sozialer, moralischer Bedingungen beinhalte". All das ist in offiziellen Erklärungen niedergelegt worden.

Aber die Generalstäbe verfolgen ihre eigene Linie. Bei der Ausarbeitung der Programme waren es immer die Generale, die das letzte Wort hatten. Mehr noch, die Außenminister schienen nur zu gern bereit, ihnen die unmittelbare internationale Politik zu überlassen. Es sollten aber auch die Völker in der Sache ein Wort mitzureden haben. Leider sind gewisse Prokonsuln zu sehr geneigt, das zu vergessen.

Echte Solidarität in Verteidigungsangelegenheiten erfordert nicht nur, daß alle Streitkräfte zu einem einheitlichen System unter einheitlichem Kommando integriert werden, sondern daß das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilhaushalt in allen Ländern der atlantischen Gemeinschaft völlig das gleiche ist. Das wird sich nur dann erreichen lassen, wenn ein bedeutender Teil der allgemeinen Hilfsquellen durchweg für die Friedensproduktion ebenso gut wie für Verteidigungszwecke ausgenutzt wird, zum Ausgleich des Lebensstandards der einzelnen Völker ebenso gut wie für Ausrüstung, Bewaffnung und Besatzung der Streitkräfte. Wie denken die Vereinigten Staaten darüber?

In Perioden offener Feindseligkeiten gehen die Kriegführenden hin und umreißen ihre "Kriegsziele" - obwohl diese vergessen werden mögen, wenn der Krieg wirklich zu Ende ist. Sie müssen das tun, denn

die Völker möchten wissen, warum sie kämpfen sollen. Genau so haben die Völker während des Kalten Krieges einen berechtigten Wunsch zu wissen, warum sie rüsten sollen.

Bis jetzt haben die Führer der atlantischen Allianz ihre "Friedensziele" nicht umrissen. Bereit sein zur Verteidigung? Natürlich. Den Angreifer entmutigen? Auch das ist klar. Aber es ist nicht genug.

Es ist nicht genug angesichts der Tatsache, daß die Rüstungen auf ein noch nie dagewesenes Maß ausgedehnt werden und daß darüber hinaus in den Vereinigten Staaten jetzt zwei Thesen aufgestellt werden: Die, den Sowjetimperialismus "einzudämmen" und die, ihn "zurückzudrängen" - mit anderen Worten, die Vorstellung des friedlichen Zusammenlebens von Ost und West und die des Ausübens eines starken Drucks, was einer Angriffsabsicht sehr nahe kommt.

Sowohl die kontinentalen Länder als auch Großbritannien sind zur Zeit Anhänger der These des Eindämmens. Welche These wird den Ausschlag für die Atlantikpolitik der Vereinigten Staaten in den kommenden Monaten und Jahren geben?

Klassenunterschiede haben in den Vereinigten Staaten nicht dieselbe Bedeutung wie im alten Europa. Dort drüben wird durch den bestehenden Überfluß ein gewisses soziales Gleichgewicht aufrechterhalten und dieses wird durch gesteigerte Produktivität verstärkt. Trotz des ungeheuren militärischen Aufwandes der letzten zwei Jahre ist der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter noch um einige Prozent gestiegen.

In Europa jedoch haben die "Europäischen Kapitalisten" nach dem Ausspruch eines amerikanischen Beamten des ECA im vergangenen Jahr "die Mentalität feudaler Eigentümer". Die Last des militärischen Aufwandes wird umso schwerer, je mehr diese Mentalität vorherrschend wird, ohne daß die derzeitigen Regierungen etwas unternehmen, sie zu bekämpfen.

Die Amerikaner kennen nicht den Klassenkampf wie er in Europa von unseren Kartell- und Trustfeudalisten geführt wird. Wenn sie ihn kennen, würden sie, da sie ja Europa materiell in die Lage versetzen möchten, sich zu verteidigen, die Tatsache berücksichtigen, daß eine Wiederaufrüstung unter gleichzeitiger unverhältnismäßiger Stärkung der Kapitalistenklasse auf die werktätigen Klassen und ausgedehnten Teile des Mittelstandes einen schweren Druck ausübt.

Die Jugend ist nicht blind für diese Tatsache. Sie nimmt die

Opfer auf sich und kennt den Preis, der für die Freiheit zu zahlen ist. Aber gerade deshalb, weil sie edelmütig ist, hat sie auch den Sinn für Gleichheit und die ungeheuerliche Verweigerung von Gerechtigkeit, die mit der Wiederaufrüstung einhergeht, ist nicht geeignet, sie zur Annahme der längsten Dienstzeit zu ermuntern.

Auch auf der deutschen Seite bestehen Schwierigkeiten. Könnte es etwas Heikleres geben als einen Vertrag, auferlegt von einer Regierung - der Adenauer - Regierung - die von der Gnade einer künstlichen Mehrheit lebt und dazu verurteilt ist, in ein paar Monaten zu verschwinden? Die europäische Verteidigung auf solchen Grundlagen aufzubauen und die atlantische Solidarität von solch einem Gebilde abhängig zu machen ist eine lächerlich dumme Politik.

+ + +

Auswärtiger Ausschuß wieder übergangen

(sp) An dem Auf und Ab der deutsch-israelitischen Wiedergutmachungsverhandlungen hat die deutsche Öffentlichkeit lebhaften Anteil genommen. Mit großer Befriedigung nahm sie den Abschluß des Abkommens, das nur noch der Zustimmung durch das Parlament bedarf, zur Kenntnis.

Leider fällt auf die ganze Angelegenheit ein betrüblicher Schatten.

Die Bundesregierung hat es auch diesmal, wie schon so oft in der Vergangenheit, unterlassen, die zuständigen parlamentarischen Instanzen, in diesem Fall den Auswärtigen Ausschuß, von dem Fortgang der Verhandlungen und dem materiellen Inhalt der Vereinbarungen zu unterrichten. Der Auswärtige Ausschuß, in dessen Kompetenz die Beratung und Unterrichtung von Staatsverträgen fällt, war auch hier wieder nur auf Pressemeldungen angewiesen.

Wenn diese Praxis weiter Schule macht, dürfte mit der Zeit der Parlamentarismus in der Bundesrepublik ad absurdum geführt werden. Wozu dann noch Ausschüsse, wenn sie von der Bundesregierung souverän übergangen und ausgeschaltet werden? Liegt es in der Absicht der Bundesregierung, das Parlament zur bloßen Abstimmungsmaschine zu degradieren?

Kein Parlament in den nordischen und angelsächsischen Ländern würde diese Mißachtung seiner Einrichtungen von einer autoritätssüchtigen Regierung ruhig hinnehmen. Denn sie ist der Beginn einer Entwicklung, an deren Ende die Selbstherrlichkeit steht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau